Nr. 632 a
XXVII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
14. Dezember 1898

Parlaments-Ausgabe

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 13. Dezember, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf Posadowsky, v. Bülow, v. Goßler, Tirpitz.

Der **Präsident** eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen. Dann setzt das Haus die **erste Berathung des Etats** fort.

Abg. **Bassermann** (natl.):

Der Schatzsekretär hat gestern meines Erachtens die Sachlage sehr klug gemacht. Die Frage der Aufhebung des Koalitionsverbots für Vereine hat im Lande große Mißstimmung erzeugt. (Hört, hört!) Deshalb haben wir wieder den Antrag eingebracht, das Verbot durch ein Reichsgesetz aufzuheben. Ein beschleunigteres Tempo in der sozialen Gesetzgebung wollen wir auch. Die letzten Wahlen haben wieder ein Anwachsen der Sozialdemokratie gebracht. Wir rechnen mit dieser Thatsache; denn es sind Illusionen, wenn man glaubt, die Bewegung habe ihren Höhepunkt erreicht, oder sie könne mit Polizeiverfügungen unterdrückt werden. Wie sich die Partei weiter entwickeln wird, kann man nicht voraussagen, es ist aber auffallend, daß innerhalb der Partei sogar in der Zollfrage Verschiedenheiten herrschen. Abg. Schippel hat sogar für die Industrie Zollschutz verlangt. Von da zu landwirthschaftlichen Schutzzöllen ist nur ein kleiner Schritt. (Sehr richtig! rechts.) Die Bekämpfung der Sozialdemokratie kann durch Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien erfolgen, und damit ist im letzten Wahlkampfe der erste Anfang mit Erfolg gemacht. Man muß aber auch der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben suchen durch gemeinsame Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie mein Fraktionsgenosse Freiherr v. Heyl im vorigen Jahre näher ausgeführt. Eine gemeinsame Organisation ist um so gerechtfertiger, als wir bereits bei der Organisation der Handwerker die Arbeitnehmer betheiligt haben. Wir müssen auch bei der Arbeiterversicherung an einer organischen Reform kommen. Von industrieller Seite will man die Altersgrenze auf das 65. Jahr herabsetzen. Für die Industrie mag es möglich sein, ob bei der Landwirthschaft ist fraglich. Auch eine Versicherung der Wittwen und Waisen läßt sich nicht länger umgehen, namentlich da, wo die Berufsstatistiken eine große Rolle spielen, und bei Seelenten. Auch der Zusammenschluß der Krankenkassen und Invalidenfürsorge ist erforderlich. Bei der Unfallversicherung muß die Landwirthschaft berücksichtigt werden, die dafür vielfach mehr zahlt, als die Steuern betragen. Die Wohnungsfrage kann durch die Versicherungsanstalten durch Darlehen und Hypotheken gefördert werden. Die in der Thronrede angekündigte Reform in der Konfektionsbranche begrüßen wir mit Freuden, wie der Antrag Heyl darthut. Was die Vorlage zum Schutz der Arbeitswilligen betrifft, so erkennen wir an, daß es nöthig ist, die Koalitionsfreiheit aufrecht zu erhalten. Aber auch die Arbeitgeber müssen sich koalisiren, um den Terrorismus der Arbeiter zu brechen. Zum Schutz der Arbeitswilligen sind bereits genug Bestimmungen vorhanden, sie werden jetzt auch schon schärfer angewandt. Wir werden deshalb die neuen Strafbestimmungen sehr scharf prüfen und den Nachweis verlangen, daß sie nothwendig sind. Ist die Koalitionsfreiheit in der Vorlage bedroht, so werden wir sie ablehnen. Auch wir bereits in Heidelberg zu der Frage Stellung genommen, ist bedenklich. Die Einführung der obligatorischen Vieh- und Fleischschau wird nicht die Rede sein. Das Zuckergesetz hat keine nachtheiligen Wirkungen gehabt; wir müssen es ablehnen, an einer einseitigen Aufhebung, der Ausfuhrprämien mitzuwirken. Gegen die Zwangsinnungen hat sich nicht viel Liebe gezeigt, die ganze Organisation vollzieht sich langsam und bureaukratisch. Die lappische Frage untersteht zur Zeit der Entscheidung des Bundesraths. Wir wünschen, daß sie bald aus der Welt geschafft wird. Wir halten den Bundesrath für zuständig, zu entscheiden, ob er zuständig ist. (Große Heiterkeit.) Hält er sich nicht für zuständig, dann müssen dazu eine Reichsinstanz geschaffen werden. Die Antianarchistenkonferenz begrüßen wir mit Freuden, nur müßte sie das Mittel nicht für Anarchisten abschaffen. Der Anarchismus ist nicht nur, wie die Sozialdemokratie behauptet, ein Produkt der wirthschaftlichen Lage, er wird auch durch die maßlose, verletzende Kritik hervorgerufen. Die Sozialdemokratie weist jede Gemeinschaft mit dem Anarchismus ab. Ich halte weniger gesetzliche Maßnahmen als eine scharfe Polizei zur Bekämpfung dieser Gefahr für geeignet. Dem Vorschlage zur Aufbesserung der Unterbeamten stimmen wir gern zu. Die allgemeinen politischen Verhältnisse haben sich nicht geändert. Trotzdem ist die Militärvorlage nicht unerwartet gekommen. Sie war sozusagen offenes Geheimniß. Ueber die Berechtigung der Höhe der Forderung werden wir uns in der Kommission unterhalten. Die Reorganisation der Feldartillerie ist eine Nothwendigkeit, das wird man auch in der Opposition anerkennen. Wenn die Vorlage angenommen und durchgeführt sein wird. (Widerspruch.) Die Einigung mit Baiern in der Militärstrafgerichtsordnung ist erfreulich. (Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe betritt den Saal und nimmt an Bundesrathstische Platz.) Redner kommt dann auf den Wucherprozeß in Hannover zu sprechen und fordert die Militärbehörde auf, dem hohen Spielen der Offiziere energisch ein Ende zu machen. Der rasche Verbrauch von Offizieren, der zu vielen Pensionirungen führt, ist durch die Verschärfung der Dienstanforderung herbeigeführt und nicht zu ändern. Der Durchführung des Abrüstungsvorschlages stellen sich etwas Erspriießliches herauskommen wird. Zu den Forderungen der Kolonialverwaltung äußert sich Redner im Allgemeinen zustimmend. Ebenso hinsichtlich der Ausweisungen, wo es sich um agitatorisch thätige fremde Elemente handelt. Unsere auswärtigen Beziehungen sind fast so gut wie unsere Bismarcks Zeiten. Nur sehen wir mit gewisser Besorgniß auf die Entwickelung der inneren Zustände Oesterreichs, wo die deutschnationalen Elemente in den Vordergrund treten. Der scharfe, herausfordernde Ton, den der österreichische Ministerpräsident gegen Deutschland in Bezug auf die Ausweisungen angeschlagen hat, ist nicht gerechtfertigt, namentlich angesichts der Thatsache, daß wir uns niemals in die inneren Zustände des Nachbarreiches gemischt haben. Wir hoffen, daß der Dreibund erhalten bleibt, und vertrauen dem auswärtigen Amt in der Wahrung der deutschen Interessen und unseres Ansehens im Auslande, aber wir müssen auch erkennen lassen, daß wir uns stark genug fühlen, um nöthigenfalls auf eigenen Füßen zu stehen, wenn der Dreibund versagen sollte, umsomehr, als die deutsche Politik seit 28 Jahren durchweg getragen und geleitet war von dem Grundsatze, den Frieden zu erhalten und zu stärken. Gegenüber den Ausgleichen und nicht Streitigkeiten hervorzurufen. (Beifall.) Ich freue mich auch über die Besserung unseres Verhältnisses zu England; aber England muß sich an den Gedanken gewöhnen, daß wir auch Kolonialpolitik treiben. Die Orientreise des Kaisers wollen wir uns durch den Abg. Richter nicht verleiden lassen; sie hat unseren Einfluß im Orient gestärkt und klar gestellt, daß ein französisches Protektorat über unsere Mitbürger im Auslande nicht besteht. An unseren inneren Zuständen ist allerdings manches auszusetzen, auch wir sehen hier dunkle Punkte. Die deutsche innere Entwickelung hat mitunter der Steigkeit; wir beklagen die Entwickelung des Bureaukratismus, aber wir sehen auch Lichtseiten. Wir haben eine gefestigte Monarchie, ein starkes Heer, eine angesehene Flotte, und der Reichsgedanke geht mehr und mehr in Fleisch und Blut über. Bei richtiger Vertheilung von Licht und Schatten ist ein wirklicher Grund zu Reichsverdrossenheit nicht vorhanden. Wir wenigstens wollen uns die Freude am Reiche nicht verderben lassen. (Beifall.)

Abg. **v. Vollmar** (soz.):

Gegenwärtig wird seitens der Regierung sehr rosig gemalt, obwohl wir einen Etat mit einer Anleihe von 90 Millionen vor uns haben. Fürst Bismarck bestritt uns stets das Recht, von einem Defizit zu sprechen, da es durch Matrikularumlagen oder Anleihe gedeckt würde. Aber eine Anleihe ist doch nur ein verschleiertes Defizit. Der Staatssekretär meinte, wir seien noch nicht auf dem abfteigenden Aste der wirthschaftlichen Entwicklung angekommen; wir aber erkennen schon sehr deutlich die Anzeichen eines wirthschaftlichen Niederganges, wie zum Beispiel die Versteifung des Geldmarktes. Es ist die Schwüle vor dem Ausbruch des Wetters. Bei einer wirthschaftlichen Krisis werden die Arbeiter am schärfsten betroffen. Sinken aber die Einnahmen des Reiches, so bleiben doch die Ausgaben mindestens dieselben. Wie sind unsere Ausgaben gestiegen! Zum Beispiel allein bei dem Kolonialamt. Wir könnten doch sicherlich unser Geld besser im eigenen Lande selbst brauchen. Was soll das Stückchen Bahn in Ostafrika bedeuten? Die 17 Millionen für Kiautschou sind erst ein kleiner Anfang; an eine Aenderung ist aber nicht zu denken. Die Militärvorlage haben wir kommen gesehen, obwohl unsere Voraussagen vom Bundesrathstisch aufs Schärfste bestritten wurden. Wenn man sich auf den Standpunkt des stehenden Heeres stellt, wird man immer etwas zu verbessern und zu vermehren haben. Deshalb sind wir Gegner dieses Systems. Wer die militärische Hetzjagd, die ein Ende mit Schrecken nehmen muß, nicht mitmachen will, muß unseren Standpunkt theilen. Wenn der Zar einen Abrüstungsvorschlag macht, müßte er selbst den Anfang machen. Niemand, selbst unsere Partei nicht, will das Land auf einmal wehrlos machen; dafür fordern wir allmälige Herabsetzung der Dienstzeit, um das Heer mit der Zeit in ein wirkliches Volksheer umzuwandeln. Das Centrum, die regierende Partei des Hauses, ist jetzt an Stelle der Nationalliberalen getreten. (Heiterkeit.) Aber wo Sie jetzt stehen, da giebt es kein Zurück mehr. Es ist uns die Kompetenz bestritten worden, die Ausweisungen zu besprechen; aber nach der Verfassung hat das Reich die Aufsicht über die Handhabung der Fremdenpolizei. Eine unwürdigere Art, das Deutschthum pflegen zu wollen, als die Ausweisungen, giebt es nicht. An dem Verdringen der Slaven im Osten sind nur die Junker schuld, die selbst ihre Arbeiter nach dem Westen drängen, um billigere Arbeitswerkzeuge zu bekommen. (Widerspruch.) Wo bleibt da der Patriotismus, der sonst in Chauvinismus sich nicht genug thun kann? Man schilt uns international; es giebt nur eine Internationale, das ist das ausbeutende Kapital. Was wir jetzt den Dänen thun, überschreitet bei Weitem dasjenige, was einst die Dänen den Deutschen angethan haben. Wir protestiren gegen ein derartiges barbarisches Vorgehen.

Präsident Graf **Ballestrem**:

Ich kann nicht zugeben, daß das Vorgehen einer Bundesregierung als „barbarisch" bezeichnet wird. Ich rufe den Abg. v. Vollmar deshalb zur Ordnung!

Abg. **v. Vollmar**:

Den Ordnungsruf nehme ich gern entgegen. Jeden Tag kann man von persönlichen Aeußerungen des Reichsoberhauptes hören. Die ganze Maschine bleibt aber stehen, sobald der Antrieb von jener Seite fehlt. Die Entschuldigung von der verspäteten Einberufung des Reichstages durch Ueberlastung der Ressorts halte ich für unglaubwürdig. Vierzehn Tage vor Einberufung des Reichstags wußte man noch nicht, ob er überhaupt einberufen würde. In in Elsaß-Lothringen mußte sich der Landesausschuß auf unbestimmte Zeit vertagen, weil die Schlußformel nicht zu beschaffen war, und sich damit trösten, daß auch Bundesfürsten nicht anders behandelt werden. Wenn ähnliches in England vorkäme! Aber wer wenig besitzt, muß mit Wenigem vorlieb nehmen. Wer die Reichsverdrossenheit nicht merkt, wie der Herr Staatssekretär, der kennt nur Preußen. Daß die verbündeten Regierungen nicht verdrossen sind, geht uns nichts an, trotzdem ich diese Angabe bezweifle. Die Herren in Preußen müßten sich hüten, die Stimmung der Bundesrathsmitglieder nach dem offiziellen Faltenwurf des Gesichtes und der Kostüme zu beurtheilen. Sie möchten sonst das Gegentheil erfahren. Auf den metaphysisch-melodramatischen Schluß der Thronrede will ich nicht eingehen, ich glaube aber nicht, daß die Orientreise unseren Absatz im Orient gefördert hat. Dann könnten ja die Völker Europas nichts Besseres thun, als ihre Fürsten möglichst lange im Jahre auf Reisen zu schicken. (Oh, oh, oh!) Daß die Sozialpolitik in der Thronrede wieder stärker betont wird, haben Sie nur der Erfindung einer Partei, wie die unserige ist, zu danken. Die Bekämpfung des Anarchismus, der aus dem wirthschaftlichen Elend entspringt, kann nur dadurch erreicht werden, daß man jedes Individuum an den Segnungen der Kultur theilnehmen läßt. Eine Arbeiterschutzkonferenz hätte man einberufen müssen; aber das ist von den Regierungen, die mit dem Kapitalismus und dem Junkerthum verbündet sind, nicht zu erwarten. Die Koalitionsfreiheit muß auch den Handarbeitern gewährt werden. Die Streiks werden nicht mutthwillig vom Zaun gebrochen. Die Sozialdemokratie übt keinen Terrorismus aus, wohl aber der Kapitalismus gegen die Arbeiter. Hat die Industrie daran gedacht, in ihrer Blüthezeit den Arbeitern etwas von ihrem Mehrverdienst abzugeben? Das mußte durch Streiks erzwungen werden. Halten Sie uns Sozialdemokraten für Männer, die Sie immer nach Bismarckschen Rezepten bedrohen können: wir werden zu antworten wissen. Wir wollen keine Zertrümmerung, wir wollen eine organische Umgestaltung der Gesellschaft. Wir sind keine reißenden Wölfe, aber auch keine Schafe, die auf sich herumreiten lassen. Die Regierung kann uns haben, wie sie will, je nachdem sie uns behandelt.

Abg. **Graf Limburg-Stirum** (deutschkons., auf der Tribüne sehr schwer verständlich):

Ich begrüße zwar auch die Besserung unseres Verhältnisses zu England mit Freuden und weiß, daß Deutschland vor anderen Ländern sich der Sparsamkeit befleißigt; aber ich glaube, es kann viel mehr gespart werden. Ich behaupte sogar, trüben, im absoluten Staate, ist mehr gespart worden als jetzt im konstitutionellen. Die wahre Sparsamkeit besteht nicht darin, daß man einzelne Posten im Etat streicht, sondern darin, daß eine Kontrole über alle Ressorts dauernd geübt wird. Das kann aber nicht das Parlament, das muß die Verwaltung selbst thun. Ganz rosig sehe ich die Finanzlage auch nicht an. Wenn wir alle Aufgaben erfüllen wollen, die uns gestellt sind, bleibt von dem rechnungsmäßigen Ueberschuß nicht viel übrig. Das darf uns aber nicht abhalten, gewinnversprechende Unternehmungen auszuführen. Dazu gehört in erster Linie der Bau von Bahnen in unseren Kolonien. Diese Bahnen geben den Kolonien erst den richtigen Werth; in 15 bis 20 Jahren werden sie sich gewiß rentiren. Sehr gefreut hat es mich, daß der Abg. Bassermann die Gleichberechtigung der Landwirthschaft mit der Industrie anerkannt hat. Darauf werden wir immer den größten Werth legen. Aber der Landwirthschaft muß noch höherer Schutz zu Theil werden. Ueber die Orientreise will ich mich nicht ausführlich auslassen; ich freue mich nur, daß den hohen Herrschaften vergönnt gewesen ist, ihrem tiefen religiösen Gefühl an heiliger Stelle sichtbaren Ausdruck zu geben. Was hier über Miliz gesagt worden ist, schwebt ganz in der Luft; nur dadurch haben wir den Frieden erhalten, daß wir unseren Nachbarn imponirten. Die Ausweisungen können ruhig hier besprochen werden. Aber die Vorwürfe der Gegenseite berühren uns umsomehr, als sie einem früheren Parteigenossen gemacht werden. Die Verschwörungen von dänischer Seite haben noch nicht aufgehört; wir billigen deshalb völlig, was Herr v. Köller gethan hat. Wenn die Dienstboten ausgewiesen werden, geschieht es, um Denjenigen entgegenzutreten, die durch Einführung dänischer Dienstboten den dänischen Stamm im Lande verzöhnen möchten. Der Erlaß an die Postunterbeamten ist auch durchaus zu billigen, es ist der Anfang eines systematischen Schutzes gegen das Eindringen der Sozialdemokratie. Denn in dem Augenblick, wo die Sozialdemokratie die Macht erhält, beginnt der Umsturz. Gegen diese Fluth muß man einen Damm errichten. Die Anarchisten hängen an den Rockschößen der Sozialdemokratie. Sie stammen von ihnen ab, genau so wie Sie (zu den Sozialdemokraten) groß geworden sind auf den Schultern der Fortschrittspartei. (Heiterkeit links.) Zum Schluß denkt der Redner dem Präsidenten für seinen Nachruf auf den Fürsten Bismarck.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Die Behauptung des Abg. v. Vollmar, daß der Landesausschuß in Elsaß-Lothringen nicht geschlossen werden konnte, weil die Schlußformel nicht zu beschaffen war, ist falsch. Eine solche Ordre kann telegraphisch beschafft werden. Man hoffte aber noch ein Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch einbringen zu können, deshalb wurde der Ausschuß vertagt.

Schatzsekretär Frhr. **v. Thielmann**:

Der Wunsch nach einer durchgreifenden Finanzreform wird auch von den Bundesfesten geheilt. Daß er noch nicht hat erfüllt werden können, liegt nicht an den verbündeten Regierungen. Dem früheren Reichstag ist ein entsprechender Vorschlag gemacht worden, er ist aber nicht angenommen worden. Damit ist die Sache aber nicht begraben. (Beifall.) Dann schien das Schuldentilgungsgesetz dringlich werden zu sollen. Ein Entwurf zum Schuldentilgungsgesetz ist im Reichstage dreimal angenommen worden. Im verflossenen Jahre ist vom Abg. Graf Limburg-Stirum oder seinen Parteigenossen auf die Verderblichkeit oder Schädlichkeit eines solchen Schuldentilgungsgesetzes nicht hingewiesen worden, im Gegentheil, er erklärte sich damit einverstanden.

Der Regierung kann also daraus kein Vorwurf erwachsen. Dann wurde auf die Nothwendigkeit der Sparsamkeit hingewiesen und der Reichsverwaltung gewissermaßen Schwächlichkeit gegenüber den Anforderungen der verschiedenen Verwaltungen zum Vorwurf gemacht. Ich kann nur erwidern, daß die Forderungen der Heeresverwaltung, abgesehen von der nothwendigen Heeresverstärkung, sehr stark zurückgedrängt worden sind. Das können Sie bei den einmaligen Ausgaben sowohl wie bei den dauernden Ausgaben der Heeresverwaltung, wenn Sie das Vorjahr vergleichen, leicht erkennen. Als Neuigkeit kann ich Ihnen noch erzählen, daß der preußische Kriegsminister auf verschiedene Anforderungen, die er ursprünglich im Interesse des Dienstes stellen zu müssen geglaubt hat, und zwar im Höhe von 9 Millionen Mark, verzichtet hat, weil er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß das Gesammtinteresse des Reichshaushaltes es erfordere.

Abg. **Motty** (Pole):

Man hat kein Recht, die Polenausrottungen als eine spezifisch preußische Angelegenheit zu betrachten. Die Mitglieder des H. K. T.-Vereins rekrutiren sich aus allen Gauen Deutschlands. Die Ausweisungspolitik ist geeignet, uns international Verwickelungen auf den Hals zu ziehen. Darin gebe ich dem Abg. v. Vollmar Recht, daß sich das große Deutschland in diesem Punkt sehr kleinlich benimmt. Die nationale Gesinnung hat den nationalen Fanatismus erzeugt. Daher die Polenhetze und die Dänenhetze. Aber nicht immer ist die Nation, die die materiellen Siege erfochten hat, die wirklich siegende!

Die weitere Berathung wird auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Schluß 5¼ Uhr.

Aus den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten.

In den amtlichen Mittheilungen aus den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1897 sind folgende Stellen von besonderem Interesse: Die wirthschaftliche Lage der Arbeiter bevölkerung ist, soweit die Berichte erkennen lassen, im Allgemeinen zufriedenstellend und durchwegs ebenso günstig wie im Vorjahre gewesen. In den unteren Industriezweigen hat sich infolge des gleichmäßig lebhaften Geschäftsgangs reichliche Arbeitsgelegenheit mit auskömmlichen und regelmäßigen Verdiensten. Im Großen und Ganzen hielten sich die Löhne auf der im Vorjahr erreichten Höhe. Die Fürsorge der Arbeitgeber für die Verbesserung der Ernährungsverhältnisse ist auch im Berichtsjahre in zahlreichen Fällen zum Ausdruck gekommen. Für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse im Wege des Vereinswesens ist auch im Berichtsjahre ziemlich viel geschehen. Die Betheiligung der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten an der Lösung der Wohnungsfrage hat sich weiter entwickelt und verschiedentlich in erspriießlicher Weise bethätigt. In der Fürsorge für Verletzte und Kranke sind wiederum Fortschritte zu verzeichnen. Auf den Gebiete der Arbeiterversicherung haben die verschiedenen Kasseneinrichtungen fortgefahrt eine erspriießliche Thätigkeit entfaltet und sind vielfach von Seiten der Gewerbetreibenden durch mehr oder minder bedeutende Zuwendungen gefördert worden. Beschwerden darüber, daß die Arbeitgeber den ihnen durch die Versicherungsgesetzgebung auferlegten Pflichten nicht in ausreichender Weise nachkommen, sind ganz vereinzelt. Die soziale Bedeutung der Wöchnerinnenhilfe wird von ärztlicher Seite immer mehr anerkannt. Der Sparsinn der Arbeiter wird von den Arbeitgebern durch Maßregeln der verschiedensten Art gefördert. Für die Ausbildung der Arbeiterinnen im Haushaltungswesen und in Handarbeiten wird fortdauernd gesorgt. Eine wesentliche Bedeutung haben auf diesem Gebiete die Mädchenheime erlangt. Bezüglich der jugendlichen Arbeiter und erwachsenen Arbeiterinnen sind statistische Aufstellungen gemacht. Es wurden in 43,593 Fabriken u. s. w. jugendliche Arbeiter, in 35,530 Fabriken u. s. w. über 16 Jahre alte Arbeiterinnen beschäftigt. Kinder über 14 Jahre waren 6151 (6770 männlich, 2381 weiblich), junge Leute von 14 bis 16 Jahren 259,570 (172,398 männlich, 81,172 weiblich), Arbeiterinnen über 16 Jahre wurden 782,409 (280,662 16 bis 21 Jahre alt, 452,227 über 21 Jahre alt) beschäftigt. In den Berichten ist überwiegend, wie in den Vorjahren, eine vielfach erhebliche Steigerung der Gesammtzahl der jugendlichen Arbeiter festgestellt, in einigen Berichten wird jedoch hervorgehoben, daß die Zahl der jugendlichen Arbeiter im Verhältniß zur Zunahme der insgesammt beschäftigten Arbeiter zurückgeblieben ist. Die Gründe für die Zunahme der jugendlichen Arbeitskräfte finden die meisten Aufsichtsbeamten im guten Geschäftsgang und in der lebhaften Thätigkeit auf fast allen Gebieten der Industrie, wodurch auch eine Vermehrung der Betriebe, in denen jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, hervorgerufen wurde. Mehrfach wird wiederum darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber in den gesetzlichen Schutzvorschriften kein so wesentliches Hinderniß für die Beschäftigung jugendlicher Kräfte stattgefunden. Die Beschäftigung von Kindern hat in einigen Bezirken überhaupt nicht oder nur ganz vereinzelt stattgefunden. Eine Anzahl von Berichten enthält Klage über die Durchführung der Schutzbestimmungen günstiger Wahrnehmungen. Verschiedentlich wird über die Milde der Gerichte geklagt. Gegen die Bestimmungen über die Arbeitsbücher wird immer noch häufig verstoßen. Auf dem Gebiete des Lehrlingswesens sind neue Beobachtungen und Erfahrungen nicht gemacht worden. Ueber die behördliche Beaufsichtigung der privaten Bergwerksbetriebe heißt es: „In den Bergrevieren wurde regelmäßig jede einzelne Schachtanlage und jede andere selbstständige Betriebsstätte einer mehrmaligen Besichtigung innerhalb Jahresfrist unterzogen. Im Bergrevier Ost-Dortmund beispielsweise entfielen durchschnittlich 35 Besichtigungen auf jeden Schacht; im Revier Commern-Gemünd wurden sechs Werke einmal, zwei zweimal, drei Werke drei- und mehrmal besucht." Aus dem Bergrevier Gelsenkirchen, dessen elf Schachtanlagen 457 Mal revidirt wurden, wird berichtet: „Die staatliche Beaufsichtigung der Gruben würde ohne Personalvermehrung wesentlich verstärkt werden können, wenn sich die Zechen entschließen wollten, mit ihren Dampfkesseln einem Revisionsverein beizutreten, Gegen-